

Stand: 09.02.2026 11:57:48

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/12541

"Soziales Europa I - Europa ist mehr als eine Wirtschaftsunion"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/12541 vom 14.07.2016
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/15279 des BU vom 02.02.2017
3. Beschluss des Plenums 17/15454 vom 14.02.2017
4. Plenarprotokoll Nr. 96 vom 14.02.2017



Antrag

der Abgeordneten **Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Linus Förster, Diana Stachowitz, Inge Aures, Doris Rauscher, Angelika Weikert, Ruth Waldmann SPD**

Soziales Europa I Europa ist mehr als eine Wirtschaftsunion

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bekraftigt die Rolle der Europäischen Union (EU) nicht nur als Wirtschafts- und Handelsunion, sondern auch als Wertegemeinschaft auf der Basis von Freiheit, Demokratie, Gleichheit der Menschen, Rechtsstaatlichkeit, der Achtung der Menschenrechte, einer gerechten Verteilung des Wohlstands und sozialer Sicherheit für die europäischen Bürgerinnen und Bürger aller Mitgliedsstaaten. Die Staaten der EU zeichnen sich aus durch Toleranz gegenüber Minderheiten und Schutzsuchenden und der Solidarität untereinander. Die EU achtet die Kultur und die Vielfalt ihrer Mitgliedstaaten und deren Regionen.

Die Staatsregierung setzt sich dafür ein, dass künftig der Schwerpunkt des Europäischen Einigungsprozesses auf die Schaffung eines sozialen Europas gelegt wird. Eine starke EU muss die Menschen und deren Schutz und Absicherung vor Lebensrisiken in den Mittelpunkt ihrer Politik stellen. Die einschlägigen EU-Verträge, -Strategien und -Vereinbarungen sollen entsprechend modifiziert und ergänzt werden. Die Europäische Union muss sich neben der Wirtschafts- und Finanzpolitik auch zum sozialen Schutzraum für die Bürgerinnen und Bürger der Mitgliedstaaten weiterentwickeln.

Sozialer Fortschritt in Europa soll denselben Stellenwert erhalten wie wirtschaftlicher Fortschritt, die Verbesserung sozialer Rahmenbedingungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Familien und Senioren dieselbe Priorität wie die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Markt und Wettbewerb. Nach Jahrzehnten der Wirtschaftsförderung und Bankenrettung müssen Jahrzehnte der Investitionen in die Bildung und soziale Sicherheit der EU-Bürgerinnen und -Bürger folgen.

Begründung:

Trotz Binnenmarkt, Gemeinschaftswährung und Freizügigkeit ist die soziale Ungleichheit in Europa ebenso gewachsen wie die Europaskepsis oder gar -feindlichkeit vieler EU-Bürgerinnen und -Bürger. Immer mehr Regierungen und/oder Oppositionsparteien verfolgen einen pronationalen, tendenziell oder offen antieuropäischen Kurs. Der Erfolg des Brexit-Referendums in Großbritannien war nach den osteuropäischen Störfeuern ein vorläufiger Höhepunkt dieser Anti-Europa-Stimmung, wobei die Beweggründe in den Mitgliedstaaten durchaus uneinheitlich sind.

Einer der entscheidenden Gründe für die mangelnde Identifikation mit der EU sind erhebliche soziale Disparitäten und Wohlstandsunterschiede in und zwischen den Mitgliedstaaten und ihrer Bürgerinnen und Bürger. Ob Armut oder Arbeitslosigkeit, Lohn- oder Rentenniveau, Bildung oder Gesundheit – die soziale Dimension der europäischen Gemeinschaft wurde lange Zeit sträflich vernachlässigt. Die Lebensverhältnisse und sozialen Mindeststandards in den Mitgliedstaaten haben sich nicht etwa angeglichen, sondern sind – u.a. als Folge der Sparpolitik der EU – zum Teil sogar weiter auseinandergedriftet, v.a. innerhalb des Euro-Raums. Auch die Angst vor Zuwanderung ist vielfach eine Angst der Wohlstandsverlierer um die eigene Existenz, vor der vermeintlichen Konkurrenz am Arbeits- und Wohnungsmarkt und (weiteren) Wohlstandseinbußen.

Nur wenn die soziale Integration Europas – unter Berücksichtigung der zusätzlichen durch Flucht und Migration verursachten Herausforderungen – mit aller Anstrengung vorangetrieben wird mit dem Ziel, in ganz Europa vergleichbar hohe soziale Standards und vergleichbar gute Lebensverhältnisse herbeizuführen, können innereuropäische Armutsmigration verhindert und insgesamt Erosionserscheinungen in der EU gestoppt werden. Nur wenn die EU erkennbar zum Schutzraum für soziale Sicherheit wird, kann sie ihre wichtigste Funktion als Garant für Frieden in Europa langfristig erfüllen. Im Übrigen muss die soziale Dimension auch in den Außen- und Handelsbeziehungen der EU mit Drittstaaten viel stärker als bisher berücksichtigt werden, um Fluchttursachen zu reduzieren (Stichwort „Faire Globalisierung“).



Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie
regionale Beziehungen**

**Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann,
Dr. Linus Förster, Diana Stachowitz u.a. SPD
Drs. 17/12541**

Soziales Europa I - Europa ist mehr als eine Wirtschaftsunion

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Hans-Ulrich Pfaffmann**
Mitberichterstatter: **Dr. Martin Huber**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 49. Sitzung am 11. Oktober 2016 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration hat den Antrag in seiner 60. Sitzung am 2. Februar 2017 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Dr. Franz Rieger
Vorsitzender



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Hans-Ulrich Pfaffmann, Diana Stachowitz, Inge Aures, Doris Rauscher, Angelika Weikert, Ruth Waldmann SPD**

Drs. 17/12541, 17/15279

**Soziales Europa I
Europa ist mehr als eine Wirtschaftsunion**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

**Reinhold Bocklet
I. Vizepräsident**

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Georg Rosenthal

Abg. Dr. Martin Huber

Abg. Dr. Hans Jürgen Fahn

Abg. Christine Kamm

Staatsministerin Emilia Müller

Abg. Hans-Ulrich Pfaffmann

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe die **Tagesordnungspunkte 7 bis 15** auf:

Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Diana Stachowitz u. a. (SPD)
Soziales Europa I

Europa ist mehr als eine Wirtschaftsunion ([Drs. 17/12541](#))

und

Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Diana Stachowitz u. a. (SPD)
Soziales Europa II

Soziale Rechte in allen Mitgliedstaaten klären ([Drs. 17/12542](#))

und

Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Diana Stachowitz u. a. (SPD)
Soziales Europa III

Richtlinie sozialer Mindeststandards in Europa ([Drs. 17/12543](#))

und

Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Diana Stachowitz u. a. (SPD)
Soziales Europa IV

Arbeitnehmerrechte in Verordnung festschreiben ([Drs. 17/12544](#))

und

Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Diana Stachowitz u. a. (SPD)
Soziales Europa V

Europaweit koordinierter und existenzsichernder Mindestlohn ([Drs. 17/12545](#))

und

Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Diana Stachowitz u. a. (SPD)
Soziales Europa VI

Sozialsysteme der EU-Mitgliedsländer auf hohem Niveau verbessern

(Drs. 17/12546)

und

Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Diana Stachowitz u. a. (SPD)

Soziales Europa VII

Investitionen neu justieren (Drs. 17/12547)

und

Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Diana Stachowitz u. a. (SPD)

Soziales Europa VIII

Steuergerechtigkeit herstellen (Drs. 17/12548)

und

Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Diana Stachowitz u. a. (SPD)

Soziales Europa IX

Jugendarbeitslosigkeit europaweit bekämpfen (Drs. 17/12605)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 36 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion.

Erster Redner ist Herr Kollege Rosenthal von der SPD. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Georg Rosenthal (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn Sie sich die Anträge ansehen, die gerade aufgerufen worden sind, sehen Sie, worum es uns in diesen Tagesordnungspunkten geht und warum wir diese Tagesordnungspunkte noch einmal beraten wollen und ins Plenum eingebracht haben.

Die deutsche Wirtschaft jagt von einem Erfolg zum anderen. Noch nie hat die deutsche Wirtschaft so viele Waren exportiert wie im vergangenen Jahr. Noch nie hatten

wir einen so großen Handelsbilanzüberschuss. Die Warenexporte betragen 1,2 Billionen Euro, der Handelsbilanzüberschuss 253 Milliarden Euro. Das Geschäft innerhalb der Europäischen Gemeinschaft wuchs mit 2,2 % überdurchschnittlich gut; mit dem Rest der Welt schrumpfte es. Gleichzeitig – und das ist sehr selten – waren sich die führenden Ökonomen noch nie so einig, dass unser Erfolg ein Nachteil für viele Länder in Europa ist.

Die europäische Währung begünstigt die Bundesrepublik Deutschland im Augenblick überdurchschnittlich. Die Währungsdisparitäten, die früher durch den börsennotierten Währungskurs ausgeglichen worden sind, entfallen. Das ist in der Tat eine gute Nachricht. Das ist aber eine schlechte Nachricht, wenn andere Länder in der Europäischen Gemeinschaft dafür die Zeche zahlen müssen.

Wir brauchen ein soziales Europa. Deshalb ist die makroökonomische Kennzahl, die ich gerade vorgestellt habe, kein Grund, in Jubelstürme auszubrechen; denn wir müssen die Effekte ansehen. Ein Effekt ist, dass der Lebensstandard in den europäischen Ländern weiter und weiter auseinanderklafft. Man könnte natürlich sagen: Na und, was geht uns das an? Die Nationalstaaten machen halt die falsche Wirtschaftspolitik, und wir machen die richtige Wirtschaftspolitik. – So, liebe Kolleginnen und Kollegen, funktioniert kein europäischer Binnenmarkt, und so funktioniert natürlich erst recht kein europäischer Sozialraum. Das läuft hoffentlich auch nicht unter dem Motto: Germany and Bavaria first. Unser Credo bleibt hoffentlich auch für die nächsten Jahrzehnte die freiheitlich-demokratische Verfassung, die wir uns gemeinsam gegeben haben. Ich darf aus Artikel 3 a der Bayerischen Verfassung zitieren:

Bayern bekennt sich zu einem geeinten Europa, das demokratischen, rechtsstaatlichen, sozialen und föderativen Grundsätzen sowie dem Grundsatz der Subsidiarität verpflichtet ist (...).

Es geht uns also sehr wohl etwas an – alle Abgeordneten des Bayerischen Landtags –, wie die soziale Situation in Spanien ist, wie sie in Italien ist, wie sie in Griechenland ist.

chenland ist. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dort wächst eine sogenannte verlorene Generation heran. 50 % Jugendarbeitslosigkeit, und das nicht nur kurzzeitig, insgesamt eine hohe Arbeitslosigkeit, in vielen Bereichen nahezu keine Möglichkeit, einen Arbeitsplatz zu finden. Die soziale Ungleichheit und die antieuropäischen Auswüchse, gepaart auch mit antideutschen Ressentiments, in Europa sollten uns nachdenklich stimmen.

Einen einheitlichen Wirtschaftsraum wollten wir uns geben. Die einheitliche Währung haben wir in vielen Bereichen eingeführt, aber auf das einheitliche soziale Europa warten wir noch. Die Solidarität, die wir an vielen Stellen erbringen sollen, erbringen wir nicht. Haben uns die Flüchtlingsströme interessiert, als sie in Lampedusa landeten? – Wir haben gesagt: Schengen ist unterschrieben; diese Staaten sind für uns Grenzstaaten, also ist dies deren Aufgabe. Als dort ein Meer von Elend strandete, haben wir weggeschaut. Erst als das Elend bei uns angekommen ist, haben wir die anderen Staaten Europas um Hilfe gerufen. Solidarität, die nur etwas mit egoistischem Interesse, mit Eigeninteresse zu tun hat und das andere vergisst, ist keine Solidarität.

(Beifall bei der SPD)

Das ist auch nicht nur die Aufgabe des Europäischen Parlamentes.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Das steht auch schwarz auf weiß in der Bayerischen Verfassung: Die Mitwirkung der Regionen, also von uns, vom Bayerischen Landtag, als deren Vertreter oder Vertreterin, an europäischen Entscheidungen muss gesichert bleiben. Sehr häufig befasst sich gerade der Europaausschuss mit Fragen der Subsidiarität, und wir reagieren sehr empfindlich, wenn Rechte des Freistaats Bayern auch nur gedanklich angekratzt werden könnten.

Als Europäer, als Demokratinnen und Demokraten, aber erst recht auch mit unserer langjährigen Geschichte als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist für uns

nicht nur die Subsidiarität entscheidend, sondern auch die gelebte Solidarität. Wir wollen sie zu einem Schwerpunkt machen – zum Wohle aller Menschen und auch zum Wohle Europas und zum Wohle des Freistaats Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen den Mut, das zu bewahren, was wir haben: Freiheit und Demokratie in einem vereinten Europa. Dieses Fundament wollen wir verteidigen. Europa ist nicht unverwundbar, aber es ist stark, so der neu gewählte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in seiner Rede vor der Bundesversammlung. Damit steht fest, dass Europa freiheitlich-demokatisch und stark ist. Damit ist aber auch klar, dass wir keine Gräben, sondern Brücken brauchen. Erst recht brauchen die anderen Nationen und die anderen Gesellschaften keine Belehrungen von uns; denn sonst erinnern sie sich immer wieder daran, wie sehr Deutschland Europa belastet hat. Jahrzehntelang haben wir die Solidarität der Staaten Europas benötigt, als wir noch kein wiedervereinigtes Land waren. Wir haben es sehr wohl genossen, als der amerikanische Präsident Kennedy in Berlin gesagt hat: "Ich bin ein Berliner". Damals ist uns warm ums Herz geworden.

Heute brauchen die anderen Staaten unsere Unterstützung, und sie brauchen mehr als nur warme Worte. Sie brauchen schon gar keine Belehrungen. So fragen wir, die sozialdemokratische Fraktion, den Landtag, wie denn die zukünftige Europapolitik der Bayerischen Staatsregierung aussieht. Welche Schlüsse zieht die Bayerische Staatsregierung aus den Verwerfungen und den Auseinandersetzungen mit dem Rechtsextremismus und dem Rechtspopulismus in Europa? Wir stehen an vielen Stellen an einer Zeitenwende, wenn nicht sogar am Scheideweg. Die Menschen erwarten, dass wir diesen verlorenen Generationen mehr bieten als nur warme Worte; denn als die Europäische Gemeinschaft auf den Trümmern des Zweiten Weltkriegs errichtet wurde, hatten die Gründerväter und Gründermütter im Sinn, dass sie ein Fundament der Solidarität und der Menschlichkeit wird.

(Beifall bei der SPD)

Diese Antworten müssen wir geben, sonst versündigen wir uns an Europa.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Kollege Dr. Martin Huber von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Martin Huber (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! In der Tat steht Europa vor großen Herausforderungen. Gerade in schwierigen Zeiten müssen wir uns auf das Fundament des geeinten Europas besinnen. Dabei müssen wir feststellen, dass Europa nichts weniger als die Lehre aus der Geschichte ist. Vor 70 Jahren, im Jahr 1947, lagen Deutschland und Europa noch auf den Trümmern des Zweiten Weltkriegs. Schon im Jahr 1957, vor genau 60 Jahren, formierte sich mit den Verträgen von Rom die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Damit waren die Staaten Europas auf dem Weg zu dem, was sie bis heute sind: eine Gemeinschaft, die auf den gemeinsamen Werten Frieden und Freiheit beruht. Ja, Europa ist mehr als eine Wirtschaftsunion, aber deshalb ist Europa noch lange keine Sozialunion. Wer das will, muss auch sagen, was das kostet und wer es bezahlt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, wir dürfen einen Fehler nicht machen: Die Europäische Union darf nicht mit erhobenem Zeigefinger auf die Mitgliedstaaten zugehen und sich in ihre Arbeits- und Sozialpolitik einmischen. Das ist nicht der Sinn des geeinten Europas. Aus unserer Sicht ist es auch der völlig falsche Ansatz.

Das Motto der Europäischen Union lautet: Einheit in Vielfalt. Dieses Motto bringt zum Ausdruck, dass die eigenständigen Handlungsmöglichkeiten und die Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten ein hohes Gut sind. Für uns bedeutet Europa: Ja zur Partnerschaft, aber die Probleme in den Mitgliedstaaten kann nicht die EU lösen; sie können nur die Länder vor Ort lösen. Die EU kann dabei aber unterstützen. Gleichwohl gilt: Wir dürfen die Regierungen vor Ort nicht aus der Verantwortung nehmen. Die EU hat doch nicht deshalb ein Akzeptanzproblem, weil sie sich zu wenig in die Angelegenhei-

ten der Mitgliedstaaten einmischt. Nicht jedes Problem in Europa ist auch ein Problem für Europa.

Die Anträge, über die wir heute diskutieren, atmen alle den einen Geist: Es geht um mehr Europa, aber nicht um ein besseres Europa. Genau dieses Vorgehen, immer mehr Kompetenzen an die Europäische Union abzugeben, hat vielerorts zu Europaskepsis, ja zur Ablehnung von Europa geführt. Wir können die Menschen nur dann wieder von Europa überzeugen, wenn die Europäische Union einen echten Mehrwert für die Menschen hat. Ja, wir brauchen ein besseres Europa, aber wir müssen auch dafür sorgen, dass sich Europa auf seine originären Aufgaben konzentriert. Wir brauchen weniger Einmischung in nationale Angelegenheiten, aber dafür mehr Zusammenarbeit auf internationaler Ebene, so zum Beispiel beim Grenzschutz, bei der Bekämpfung der internationalen Kriminalität, bei einer europäischen Lösung für die Flüchtlingskrise, bei einem einheitlichen europäischen Asylrecht oder bei einer gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitsstrategie. Dafür ist gemeinsames Handeln in Europa erforderlich.

Gerade als Bayern und Föderalisten fordern wir auch ein starkes Europa der Regionen. Dabei geht es uns nicht um Gleichmacherei um jeden Preis, sondern um eine sinnvolle Unterstützung zur Verbesserung, wie es zum Beispiel in den verschiedenen Fonds der Europäischen Union jetzt schon geschieht.

Sie haben in einem Antrag den Mindestlohn zum Thema gemacht. Alle Mitgliedstaaten der EU haben eine Regelung über den Mindestlohn. Aus guten Gründen ist aber die konkrete Ausgestaltung des Mindestlohns in nationaler Verantwortung. Machen wir doch einen Vergleich. Der durchschnittliche Bruttolohn in Rumänien beträgt circa 2.300 Leu. Das sind gut 520 Euro. Der durchschnittliche Bruttolohn in Deutschland liegt bei circa 3.000 Euro. Der gesetzliche Mindestlohn in Rumänien liegt bei 975 Leu pro Monat. Das sind knapp 216 Euro. Bei uns beträgt der derzeitige Hartz-IV-Regelsatz circa 400 Euro, also fast das Doppelte des Mindestlohns in Rumänien.

Unabhängig von den Problemen, die sich schon jetzt aus diesen Unterschieden ergeben, frage ich Sie, wie Sie diese Unterschiede so schnell ausgleichen wollen. Wie soll das konkret aussehen, wenn aus Brüssel der Mindestlohn für jedes Land vorgegeben wird? Sie schütten das Füllhorn über die ganze EU aus, ohne zu wissen, wer es befüllt.

Ich gestehe Ihnen zu, dass Sie es gut meinen. Wer ist denn nicht für gute Bezahlung und mehr Investitionen überall in Europa? Auch Bayern bekennt sich zu einem sozialen Europa. Wir unterstützen das Prinzip der sozialen Marktwirtschaft. Die Sozialpolitik ist und bleibt aber Angelegenheit der einzelnen Mitgliedstaaten.

(Bernhard Roos (SPD): Aber nicht der Rahmen der Sozialpolitik!)

Wir müssen das Subsidiaritätsprinzip deutlich ernster nehmen. Die Staatsregierung begleitet den Prozess des Aufbaus einer europäischen Säule sozialer Rechte kritisch, aber konstruktiv. Bayern hat sich auch im Bundesrat dazu schon geäußert und die Bedeutung der Subsidiarität und die Zuständigkeit der Länder betont. Es ist klar geregelt, dass die Arbeits- und die Sozialpolitik in die Zuständigkeit der Länder gehören, und das ist auch gut so.

Die SPD fordert die Umsetzung des in der EU-Sozialcharta verankerten Grundrechts auf eine angemessene Entlohnung. Ich habe gerade ausgeführt, wie zum Beispiel die Regelungen zum Mindestlohn in der Europäischen Union aussehen. Natürlich müssen wir die Arbeitslosigkeit in Europa bekämpfen. In der Analyse hat Kollege Rosenthal durchaus recht, wenn er von verlorenen Generationen spricht. Die Forderungen der SPD entsprechen aber bereits den aktuellen Themenschwerpunkten der europäischen Beschäftigungsstrategie. Diese lauten eben schon Bekämpfung der hohen Jugendarbeitslosigkeit in der Europäischen Union, Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit und Verbesserung der Zusammenarbeit der nationalen Arbeitsverwaltungen. Das europäische Sonderinvestitionsprogramm für soziale Zwecke, das die SPD fordert, ist bereits in verschiedenen Sozialfonds der Europäischen Union eingeführt.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Falsch!)

Außerdem stellt die EU bereits eine Vielzahl von Fonds und Finanzmittel für soziale Zwecke bereit. Zu nennen sind beispielhaft der Europäische Sozialfonds, der Europäische Hilfsfonds für die am stärksten von Armut betroffenen Personen und der Europäische Fonds für strategische Investitionen. Wichtig ist mir hierbei aber auch, nochmal zu betonen: Diese Fonds sind eine Unterstützung der Europäischen Union. Die Umsetzung erfolgt in nationaler Verantwortung. Der Nutzen eines weiteren Programmes ist für mich hier sehr fraglich.

Ja, wir brauchen strukturelle Änderungen in den Mitgliedstaaten; aber diese können nur dort umgesetzt werden. Allgemeine Zustimmung – ich glaube, das kann man hier so deutlich sagen – herrscht natürlich in Bezug auf die Forderung nach Bekämpfung der Steuerhinterziehung. Steuerhinterziehung ist ein internationales Phänomen. Deswegen sind hier international abgestimmte Lösungen erforderlich. Allerdings verfolgt die SPD mit ihrem Antrag den falschen Ansatz; denn dieser Antrag bedeutet nicht weniger als die Einführung einer europäischen Finanz- und Steuerpolitik durch die Hintertür und letztlich die steuerpolitische Entmachtung der Mitgliedstaaten.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Sie glauben ja selber nicht, was Sie sagen!)

Die EU darf gar nicht in die internationale Steuerhoheit eingreifen, wenn die Mitgliedstaaten der EU nicht das Recht eingeräumt haben, zum Beispiel bei den Steuern die Gesetzgebung zu harmonisieren. Gerade in diesem Bereich hilft die EU-Amtshilferichtlinie, die überarbeitet und ergänzt worden ist und nun in nationales Recht umgewandelt wird. Wir lehnen daher die Anträge der SPD ab; denn in der Folge gäbe es zwar mehr Europa, aber kein besseres Europa.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Der Kollege Rosenthal hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Georg Rosenthal (SPD): Herr Kollege Dr. Huber, Sie haben hier sehr ausführlich Ihre Ausführungen über das "Wer in Europa" gemacht. Dabei haben Sie den Mehrwert für die Menschen herausgestellt, und Sie haben die starken Regionen herausgestellt. Sind Sie mit mir einer Meinung, dass der Mehrwert für die Menschen in Europa bei den Menschen offensichtlich weder emotional noch wirtschaftlich ankommt und dass ein so starkes Land wie die Bundesrepublik Deutschland mit den wirtschaftlichen Eckdaten und mit den Disparitäten, die wir in Europa erzeugen, ein größeres Maß an sozialer Verantwortung übernehmen muss und man sich nicht darauf zurückziehen kann, dass das allein nationaler Politik geschuldet ist?

Zweitens. Wenn ich daran denke, mit welcher Geschwindigkeit die großen Regelungen zur Sanierung der europaweiten Banken auf den Weg gebracht worden sind, und wenn ich daran denke, wie Sie, gerade die Bayerische Staatsregierung, bei dem Thema Steuerhinterziehung viele Bundesländer gescholten haben, als sie Kassetten angekauft haben, um die Steuerhinterziehung aufzudecken, dann frage ich mich, wie viel Verantwortung der Freistaat und explizit die Mehrheitsfraktion hier übernehmen will und wie lange wir noch weggucken wollen. Bis es vielleicht zu spät ist? Oder wollen wir gemeinsam einen Kraftakt machen, damit Europa wieder in den Herzen der Menschen ankommt?

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön. – Bitte, Herr Kollege.

Dr. Martin Huber (CSU): Zunächst einmal, Herr Kollege Rosenthal, möchte ich davor warnen, die Bedeutung des Exports für den Freistaat Bayern und den Standort Bayern infrage zu stellen. Der Freistaat Bayern exportiert pro Jahr Waren und Dienstleistungen im Wert von knapp 180 Milliarden Euro. Da hängen Existenzen dran. Da hängen

Familien dran. Ich glaube nicht, dass wir jetzt anfangen sollten, die große Exportleistung des Freistaats Bayern und der Bundesrepublik Deutschland zu problematisieren. Wir sollten eher stolz darauf sein, dass wir innovative Produkte haben, die weltweit nachgefragt sind und hilfreich für unseren Standort sind. Das ist das Erste.

Zweitens. Ja, Europa hat ein Akzeptanzproblem. Natürlich muss man die Frage stellen, warum wir noch diese Unterschiede bei den Einkommen haben. Aber die Frage ist doch vor allem: Liegt das an der Produktivität? Liegt es an der Kaufkraft? Muss ich nicht, wie eben erwähnt, mit den Fonds der Europäischen Union ansetzen, um Investitionen anzuschieben? Ich schaffe doch keinen einzigen Arbeitsplatz und keinerlei Mehrwert dadurch, dass in Brüssel am Grünen Tisch, am Reißbrett, irgendein Mindestlohn vorgegeben wird. Wer glaubt, dass er damit insgesamt die Perspektiven für Rumänien oder Bulgarien oder sonst irgendwo in der EU verbessert, ist völlig auf dem Holzweg, Herr Kollege. Wir müssen eher schauen, dass die Europäische Union in ihrer historischen Bedeutung wieder bei den Menschen ankommt. Wir müssen klarmachen, dass Frieden und Freiheit nicht selbstverständlich sind. Natürlich müssen wir auch schauen, dass zum Beispiel durch die Reformen in den Mitgliedstaaten ein ordentliches Bildungssystem entsteht und Perspektiven entstehen, damit eben nicht, wie Sie es in der Analyse richtig beschrieben haben, in Südeuropa verlorene Generationen mit bis zu 40 % Jugendarbeitslosigkeit entstehen. Ich teile durchaus viele Punkte in Ihrer Analyse. Aber ich teile nicht Ihre Schlussfolgerungen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Kollege Dr. Fahn von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Rosenthal, Sie haben sehr gut gesprochen, aber Sie haben keine Analyse der neun Anträge gebracht. Es geht um die neun Anträge der SPD. Über diese diskutieren

wir. Ich sage: Ja, auch wir warten auf ein soziales Europa, aber die Frage ist, ob das in die jetzige Zeit hineinpasst. Im Moment liegt Europa eigentlich am Boden. Kommissionspräsident Juncker spricht von einer Polykrise: Griechenland, Brexit, Flüchtlingskrise usw. Wir kämpfen als Demokraten der Mitte gegen den rechtspopulistischen Virus, der mittlerweile auch in unserem Land regiert. Da müssen wir aufpassen, dass wir nicht die falschen Signale setzen. Ja, wir sollten über das soziale Europa sprechen. Das ist aber erst eine der letzten Stufen zu einem europäischen Bundesstaat, eine Vorstellung, über die wir natürlich nachdenken können. Aber wenn wir ein soziales Europa wollen, dann muss es von den Bürgern getragen werden. Das ist das Problem, weil der Vertrauensverlust der Bürger in Europa derzeit sehr groß ist, sodass jetzt irgendwelche Fortschritte für diese Leute zu große Fortschritte bedeuten und sie diese vielleicht gar nicht wollen.

Schauen wir auf die Realität. Wie viele europäische Länder sind dem Kurs offener Grenzen der Großen Koalition gefolgt? Wie steht es um die solidarische Unterstützung unserer Nachbarländer, wenn es um die gerechte Verteilung der Flüchtlinge in ganz Europa geht? Das haben wir gerade diskutiert.

Dann muss man natürlich wissen, dass Deutschland der größte Nettozahler in Europa ist. Vielleicht kommt irgendwann mal wieder die Frage, ob Deutschland dann wieder mehr zahlen muss als bisher. Deswegen sollten wir über dieses Thema "des sozialen Europas" differenziert sprechen und genau diskutieren. Deswegen haben wir diese neun Anträge der SPD angeschaut. Wir haben verschiedene, auch gute Ansätze gefunden. Das sind die ersten vier Anträge, denen wir insgesamt zustimmen werden.

Der erste Antrag ist letztlich nicht mehr und nicht weniger als eine Entschließung. Sie weist darauf hin, dass Europa mehr ist als ein ausgehandeltes Wirtschaftsabkommen. Das ist richtig. Es geht um die Menschen und deren Schutz. Die Resolution spricht zentrale Probleme Europas an und fordert deren Inangriffnahme. Das ist wichtig. Dabei geht es um Wohlstandsunterschiede und soziale Sicherheit. Das sind zentrale Probleme. Diese sollten wir angehen. Deswegen sagen wir: Dieser Antrag ist richtig.

Der zweite Antrag ist ein reiner Berichtsantrag ohne irgendwelche politische Konsequenz. Dem können wir uns natürlich nicht verschließen. Es ist wichtig zu wissen, welchen Standpunkt die Staatsregierung zu dem von der Kommission vorgelegten Entwurf einer europäischen Säule sozialer Rechte einnimmt.

In dem dritten und dem vierten Antrag geht es ein bisschen genauer zur Sache. Es geht um die Grundsätze europäischer Säulen in Bezug auf soziale Rechte, die einen unverbindlichen Charakter haben. Jedoch ist dies eine Richtlinie mit Mindeststandards. Es geht hier also um eine verbindliche Regelung beim Arbeitnehmerschutz. Auch die bayerische Wirtschaft unterstützt diese Punkte. Wir haben bei den verschiedenen Demonstrationen zu TTIP gesehen, dass das auch in Deutschland ein Thema ist und dass die Menschen das wollen. Deswegen halten wir diesen Antrag für insgesamt richtig.

Dann kommen wir zu Antrag fünf. Beim Mindestlohn sind wir von den FREIEN WÄHLERN anderer Meinung. Hier sagen wir: Das ist ein Thema der nationalen Wirtschaft. Die EU hat hier keine Kompetenz, und das ist auch gut so. Hier können die Mitgliedstaaten viel besser handeln als eine zentralistische EU. Dieses Problem des Mindestlohns ist nicht nur in Deutschland ein Problem. Hier gibt es viele Unterschiede. Für München ist der Mindestlohn sehr niedrig, für Schwerin ist er sehr hoch. Eine einheitliche Koordination in Europa geht uns schon insgesamt zu weit. Bei den vielen Unterschieden in den europäischen Ländern kann das eigentlich nur jedes Land, jede Volkswirtschaft eigenständig regeln.

Auch der sechste Antrag schießt für uns über das Ziel hinaus. Ich möchte als FREIER WÄHLER nicht über ein Landesparlament fordern, dass sich die EU in Kompetenzen der Mitgliedstaaten einmischt und vorschreibt, wie eine europaweite Sozialpolitik auszusehen hat. Es geht hier um Fragen der auskömmlichen Alterssicherung, der Verhinderung von Armut. Das ist schon ein richtiges und wichtiges Thema. Aber wir meinen, dass die Staaten das selbstständig lösen können und lösen müssen.

Beim siebten Antrag geht es um ein Sonderinvestitionsprogramm für soziale Zwecke. Das ist schon richtig und wichtig, aber es gibt schon genügend Programme, die das ebenfalls umsetzen. Es gibt zum Beispiel den Europäischen Sozialfonds. Es gibt Programme der Erwachsenenbildung usw. Deswegen ist uns immer noch nicht klar, warum jetzt zusätzliche Programme kommen und dadurch Doppelstrukturen geschaffen werden sollen. Wir sind schon für eine Erhöhung der Mittel für Bildung und Forschung, aber wir wollen erst einmal – das ist ein Grundprinzip der FREIEN WÄHLER –, dass bestehende Programme genutzt und aufgestockt werden.

Der achte Antrag fordert strenge Richtlinien gegen Steuerbetrug und Steuervermeidung. Das ist alles gut und insgesamt richtig. Aber ich denke, hier gibt es schon einen Abschlussbericht der Kommission, und wir meinen, dass dieser Abschlussbericht der Kommission erst noch umgesetzt werden soll.

Im neunten Antrag geht es um die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Es gibt schon dieses Programm "Jugendgarantie", das jetzt noch ausgebaut und erweitert werden soll. Aber wir haben gesehen, dass dieses Programm "Jugendgarantie" noch gar nicht in allen Staaten umgesetzt worden ist. Deswegen sagen wir: Warten wir erst einmal ab, bis die Umsetzung dieses Programms in Europa erfolgt ist! Dann können wir konkret weiterreden.

Fazit: Wir können schon nachvollziehen, dass die SPD dieses Thema als wichtig empfindet und dass sie einen Schwerpunkt auf die Stärkung der sozialen Rechte legt. Aber einige Anträge wollen zentralistische Regelungen, die einem Europa der Vielfalt, einem Europa der Regionen einfach widersprechen und zu stark in nationale Kompetenzen eingreifen. Deswegen können wir die letzten fünf Anträge nicht mittragen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächste hat Frau Kollegin Kamm von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Erstmal herzlichen Dank an Sie, Herr Präsident, für Ihre Rede bei dem Besuch des Europaausschusses in Brüssel. Sie haben da eine sehr schöne, proeuro-päische Rede gehalten. Vielen Dank dafür!

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN und der CSU)

Ich möchte heute noch an eine andere vielbeachtete Rede erinnern, nämlich an die Rede unseres Bundestagspräsidenten Norbert Lammert bei der Bundesversammlung am letzten Sonntag. Er sagte unter anderem, Herausforderungen wie die Migrationsströme oder der Kampf gegen den Terrorismus oder der Klimawandel können nicht von den Nationalstaaten alleine bewältigt werden. Er sagte weiter, wenn weder der russische noch der amerikanische Präsident ein Interesse an einem starken Europa haben, dann ist dies ein zusätzliches Argument dafür, dass wir selbst dieses Interesse an einem starken Europa haben müssen. Der Beifall war stark. Aber viele meiner Bekannten waren doch irritiert darüber, dass außerordentlich demonstrativ in der ersten Reihe unser Bayerischer Ministerpräsident nicht applaudierte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sagen: Statt Putin zu besuchen oder den Versuchen, quasi im Handgepäck eines Industriellen den amerikanischen Präsidenten besuchen zu können, müssen wir uns mehr um Europa kümmern,

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

müssen wir uns mehr um die Gemeinschaft in Europa kümmern, und wir sagen: Europa darf sich nicht als nordeuropäischer Luxusclub verstehen. Europa muss sich mehr um die Menschen in Europa kümmern und muss alle Menschen in Europa mitnehmen. Nur ein Europa, von dem die Menschen überall glauben, dass es ihnen nützt, ist Zukunftsfähig.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Angesichts erheblicher Arbeitslosigkeitsprobleme, angesichts erheblicher wirtschaftlicher Ungleichheiten brauchen wir – so auch Kommissionspräsident Juncker – eine Stärkung des sozialen Europa. Von Juncker hat es lange niemand geglaubt, dass er so etwas sagt, aber dies sagte er bereits vor zwei Jahren. Wir müssen, fordert Juncker, uns mehr um die Beschäftigung, um die soziale Sicherheit und um die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung kümmern. Und es sei wichtig, so Juncker, deutlich zu machen, dass Europa nicht eine Wirtschaftsunion, sondern ein sozialer Zusammenschluss ist, der allen Europäern nutzen muss.

Es ist so – das ist richtig –, dass Europa im Bereich der Sozialpolitik nahezu keine Regelungskompetenz besitzt, vielleicht ein Gründungsfehler, wer weiß! Dennoch ist es wichtig zu prüfen, inwieweit und wie eine zusätzliche europäische soziale Säule eingezogen werden kann: Arbeitnehmerrechte, Schutz vor sittenwidrigen Arbeitsbedingungen, Schutz vor Missbrauch bei Leiharbeit, Mindestlohnbestimmungen in den jeweiligen einzelnen Ländern.

Das heißt nicht, lieber Kollege Fahn, dass in ganz Europa der Regelmindestlohn gelten muss, sondern dass es Mindestlohnbestimmungen in allen einzelnen europäischen Ländern geben sollte.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Es geht um Programme gegen Kinderarmut, um Programme zur Umsetzung der Jugendgarantie. Es geht um Investitionen im sozialen Bereich, um Investitionen für Arbeit und Beschäftigung auch dort, wo die Arbeitslosigkeit hoch ist. Es geht um Initiativen gegen Steuerdumping. Ja, das muss Europa tun, und das kann Europa tun!

Nichts anderes als dies fordert auch das Europäische Parlament mit überwältigender Mehrheit, beispielsweise am 19. Januar dieses Jahres mit 396 Ja-Stimmen, 180 Nein-Stimmen und 98 Enthaltungen. Ich denke, das ist eine deutliche Mehrheit für ein soziales Europa, für eine Stärkung der sozialen Säule in Europa, an der wir uns hier doch eigentlich auch orientieren könnten.

Die Anträge der SPD, liebe Kolleginnen und Kollegen, zielen in dieselbe Richtung wie die Initiativen der überwältigenden Mehrheit des Europäischen Parlaments. Wir GRÜNE begrüßen die Stärkung der sozialen Rechte und sind gespannt auf die Ergebnisse des Konsultationsverfahrens, das momentan gerade gelaufen ist und bei dem immerhin 16.500 Reaktionen und 200 schriftliche Stellungnahmen eingegangen sind.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wir sagen: Europa ist mehr als eine Wirtschaftsgemeinschaft. Europa ist eine Wertegemeinschaft auf der Basis unserer Menschenrechte.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Wir treten dafür ein, dass Europa diese Verantwortung wahrnimmt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächste hat Frau Staatsministerin Müller das Wort. Bitte schön, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. Wir stehen in Deutschland mit einer Arbeitslosenquote von 6,5 % und einer Jugendarbeitslosenquote von 3,9 % sehr gut da, in Bayern sogar noch besser. Wir haben im Januar 2017 in Bayern eine Arbeitslosenquote von 3,8 % und eine Jugendarbeitslosenquote von 3,1 %.

Das ist aber nicht überall in Europa so. Wenden wir den Blick auf andere Mitgliedstaaten, etwa auf Griechenland, in dem die Arbeitslosenquote bei 23 % und die Jugendarbeitslosenquote bei 40 % liegt, oder wenden wir den Blick auf Spanien und Italien, dann lässt uns das natürlich nicht kalt.

Wir alle sind uns einig, dass Europa soziale Chancen für alle eröffnen muss. Ein soziales Europa muss in allen Mitgliedstaaten Beschäftigung und Wohlstand für seine Bür-

gerinnen und Bürger schaffen. Ich stehe als überzeugte Europäerin dafür ein. Mir ist das wichtig. Die Europäische Union verfügt bereits heute über eine ausgeprägte soziale Dimension. Die soziale Marktwirtschaft ist Leitbild der Europäischen Union. Sie wird im EU-Vertrag an vorderer Stelle ausdrücklich erwähnt, in Artikel 3 Absatz 3, seit dem Vertrag von Lissabon.

Die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft wie Wettbewerb und Solidarität waren von Anfang an Grundlagen europäischer Politik. Deshalb verfügt die Europäische Union schon heute über zahlreiche Instrumente und Finanzmittel für soziale Zwecke. Von meinen Vorrednern ist vieles angesprochen worden. Ich denke beispielsweise auch an den Europäischen Sozialfonds mit über 86 Milliarden Euro für die gesamte Europäische Union. Wir in Bayern profitieren ebenfalls vom Europäischen Sozialfonds. Wir haben zum Beispiel Programme wie JOBSTARTER plus für Aus- und Weiterbildung, Qualifizierungsmöglichkeiten und auch für Integrationsmöglichkeiten von Flüchtlingen. Außerdem haben wir den Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten von Armut betroffenen Personen. Im Bereich der Bildung existieren bereits verschiedene Förderungen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, denken Sie zum Beispiel an die Programme Comenius, Erasmus, Leonardo da Vinci oder Grundtvig. Die pauschale Forderung nach der Schaffung eines sozialen Europa lässt dies außer Acht.

Heute sind wieder positive Entwicklungen in Europa erkennbar. In der Europäischen Union der 28 hatten wir noch im Jahr 2013 eine Arbeitslosenquote von 10,9 %; im Jahr 2016 betrug sie 8,5 %. Im Jahr 2013 hat die Gesamtjugendarbeitslosigkeit in Europa 23,7 % betragen; im Jahr 2016 ist sie auf 18,6 % gesunken. Die Kommission konnte eine positive Drei-Jahres-Bilanz zur Jugendgarantie und zur Beschäftigungsinitiative für junge Menschen ziehen. Für die Beschäftigungsinitiative stehen weitere 500 Millionen Euro zur Verfügung. Diesen guten Weg gilt es nun weiterzuführen und weiterzugehen.

Dagegen halte ich es für den falschen Weg, einfach nach weiteren Förderprogrammen oder gar nach einem "europäischen Sonderinvestitionsprogramm für soziale Zwecke"

zu rufen. Wir müssen vielmehr die vorhandenen Mittel zielgerichtet einsetzen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, für eine tatsächliche Verbesserung der sozialen Situation in Europa brauchen wir nicht nur EU-Fördergelder, sondern vor allem entschlossene Strukturreformen in den jeweiligen Ländern wie Spanien, Griechenland und Italien. Wir können jetzt schon sagen, dass es positive Entwicklungen in Europa gibt. Schauen wir nach Irland, aber auch nach Spanien. Dort hat sich vieles verändert. Diese Länder müssen ihre strukturellen Wettbewerbsschwächen überwinden, um wieder mehr Wachstum und Beschäftigung für die Bevölkerung zu schaffen.

Wir brauchen in Europa keine neuen europäischen Vorschriften und mehr Bürokratie von Europa. Schon aus diesem Grund ist Ihr Antrag mit dem Titel "Arbeitnehmerrechte in Verordnung festschreiben" abzulehnen. Aus diesem Grund halten wir auch von Vorgaben aus Brüssel zum Thema Mindestlohn überhaupt nichts. Die Lohnfindung ist zu allererst Aufgabe der Sozialpartner. Im Übrigen sind allein die Mitgliedstaaten für die Ausgestaltung von Mindestlöhnen zuständig. Der Europäischen Union steht in diesem Bereich keinerlei Kompetenz zu. Die Europäische Union muss sich ganz einfach zurücknehmen und ihre Hausaufgaben machen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nach den europäischen Verträgen besitzt die Europäische Union in der Sozialpolitik und damit auch im Arbeitsrecht keine Kompetenz für den Verordnungserlass. Sozialpolitik ist in erster Linie eine Sache der nationalen Mitgliedstaaten. Das muss auch in der Zukunft so bleiben. Deshalb sind die soziale Lage und die Situation auf dem Arbeitsmarkt in Bayern und in Deutschland auch so gut. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen keine Ausweitung von EU-Kompetenzen. Bei der Beschäftigungs- und Sozialpolitik liegt die Kompetenz aus gutem Grund primär bei den Mitgliedstaaten. Die Europäische Union muss das Subsidiaritätsprinzip beachten. Wir wollen nicht, dass uns Brüssel immer mehr in unseren Sozialstaat hineingezogen wird.

(Beifall bei der CSU)

Viele Mitgliedstaaten und Regionen in Europa beneiden uns um unseren Sozialstaat.

Unser Sozialstaat gehört zum Kernbereich unserer staatlichen Souveränität.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie Sie wissen, hat die Europäische Kommission im vergangenen Jahr eine Konsultation über den Entwurf der sogenannten Europäischen Säule sozialer Rechte durchgeführt. Diese soll einen Katalog sozialer Rechte beinhalten und als Kompass zur Weiterentwicklung der sozialen Dimension in Europa dienen. Wir als Freistaat Bayern bringen uns in die Konsultation ein. Eines ist für uns auch klar: Wir wollen keine Richtlinie sozialer Mindeststandards in Europa. Sozialpolitik und Strukturreformen sind Sache der Mitgliedstaaten und sollen es auch bleiben. Ich finde es wichtig, dass die Mitgliedstaaten im Hinblick auf ihre Sozialpolitik zusammenarbeiten. Die Europäische Union kann und soll diese Zusammenarbeit unterstützen. Sie soll die Instrumente und Strukturen zur Koordinierung der europäischen Beschäftigungs- und Sozialpolitik nutzen, die bereits dafür geschaffen wurden: Europäische Beschäftigungsstrategie, Europäisches Semester, die offene Methode der Koordinierung und vieles andere mehr. Wir haben die Instrumente. In Zukunft muss es schwerpunktmäßig darum gehen, die Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit in Europa zu bekämpfen. Dazu gehört die Stärkung der Zusammenarbeit der nationalen Arbeitsverwaltungen. Wir müssen darauf achten, dass die europäischen Verträge respektiert werden und die Mitgliedstaaten selbst handlungsfähig bleiben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage mit aller Deutlichkeit: Wir wollen ein soziales Europa, aber wir wollen keinen EU-Supersozialstaat, in den wir einzahlen und in dem andere die Leistungen beziehen.

(Beifall bei der CSU)

Daher sollten wir die Anträge, die gestellt worden sind, auch ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. Bitte bleiben Sie am Rednerpult. Herr Kollege Pfaffmann hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. – Bitte schön, Herr Kollege.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Frau Staatsministerin, Sie haben sich auf der einen Seite als überzeugte Europäerin inszeniert. Auf der anderen Seite haben Sie tief in die postfaktische Argumentationskiste hineingegriffen. Ich frage Sie: Wie ist Ihre überzeugte europäische Darstellung mit der Politik der Bayerischen Staatsregierung zu vereinbaren? Der Bayerische Ministerpräsident setzt sich lieber mit den Europa-Zerstörern auseinander als mit europäischen Fragen. Er würde gerne mit dem Europa-Zerstörer Trump essen gehen. Den ehemaligen Britischen Premierminister Cameron hat er als Lichtgestalt bezeichnet. Europa-Zerstörer Putin hat er hofiert. Wie ist das mit Ihrer Aussage, Sie seien eine überzeugte Europäerin, zu vereinbaren? – Man hat den Eindruck, als praktiziere die CSU-Staatspolitik das Gegenteil. Das ist das eine. Das andere ist Folgendes: Sie haben vorhin diese postfaktischen Äußerungen gemacht: Wir wollen keinen EU-Supersozialstaat; wir wollen nicht, dass Brüssel hineinregiert. Liebe Frau Staatsministerin, können Sie mir in den heute diskutierten Anträgen eine einzige Textstelle nennen, in der das verlangt bzw. gefordert wird? Nur so können wir Ihre Argumentation verstehen. Darum geht es nämlich in den Anträgen gar nicht. Insofern haben Sie wie so oft nichts anderes gemacht, als Stimmung zu machen, um Ihre eigene Ablehnung hier zu begründen.

Zum Dritten und Letzten sei gesagt – –

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Pfaffmann!

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Ich habe noch eine kurze Frage: Können Sie mir vielleicht drei sozialpolitische Anträge Ihrer Fraktion oder Ihrer Regierung nennen, die sich mit dem Thema "Soziales Europa" beschäftigen, und zwar innerhalb der letzten drei Jahre. Drei Anträge würden mir schon genügen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Frau Staatsministerin, Sie haben das Wort.

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Ich antworte sehr gerne auf diese Fragen. Wir sind doch alle Europäer. Wir wollen die enge Zusammenarbeit innerhalb Europas. Ich gehe davon aus, dass Ihnen das ebenfalls ein Anliegen ist. Europa besteht noch aus 28, noch nicht aus 27 Staaten. Wir haben einen gemeinsamen Binnenmarkt. Wir arbeiten eng zusammen. Wir haben das Recht auf Freizügigkeit. Wir haben beispielsweise auch viele Länder dabei unterstützt, ihre Jugendarbeitslosigkeit zu reduzieren. Hier möchte ich nur das Sonderprogramm MobiPro-EU nennen, falls Ihnen das ein Begriff ist. Spanische Jugendliche, die keinen – –

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wollen Sie vielleicht auf meine Fragen antworten?)

– Ja, ich antworte auf Ihre Frage. – Das ist unsere aktive und praktische Antwort auf all das, was verwirklicht werden muss: der Zusammenhalt innerhalb Europas. Innerhalb der Europäischen Union arbeiten wir wegen der gemeinsamen Strategien zur Strukturreform eng zusammen. Wir sind ein Geberland und kein Nehmerland. Auch da finanzieren – –

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wollen Sie meine Frage beantworten?)

Wir stehen zum sozialen Europa. Da müssen wir nicht nachbessern. Wir warten jetzt auf die Konsultation.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Welche Konsultation?)

– Die Konsultation zu einer "europäischen Säule sozialer Rechte", die jetzt läuft bzw. gelaufen ist.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Pfaffmann, wir führen hier keine Zwiegespräche.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Ich darf aber schon eine Antwort auf meine Frage erwarten!)

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Dazu haben wir unsere Stellungnahmen am 13.12.2016 eingebracht. Wir haben alle unsere Positionen und auch das, was wir nicht wollen, eingebracht. So wollen wir keine europäische Arbeitslosenversicherung. Das ist ja klar.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wo steht das in dem Antrag? – Zuruf: Das fordert die SPD doch gar nicht in ihren Anträgen!)

Warten Sie doch einmal ab, was aus der Konsultation hervorgeht. Warten Sie doch einmal ab, was uns Europa präsentiert. Danach können wir hier weiterreden. Aber ich rate Ihnen einfach davon ab, ins Blaue hineinzudiskutieren und sinnlose Anträge zu stellen.

(Beifall bei der CSU – Dr. Paul Wengert (SPD): Das sagen Sie! Das sagen Sie!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Staatsministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Der federführende Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten – können wir uns da hinten beruhigen? – sowie regionale Beziehungen empfiehlt die Ablehnung der Anträge. Die SPD hat Einzelabstimmung über die Anträge beantragt. Bleibt es dabei? – Gut, dann beginnen wir mit der Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Antrag auf Drucksache 17/12541 abstimmen; das ist der Tagesordnungspunkt 7. Der federführende Ausschuss empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag auf Drucksache 17/12542. Das ist der Tagesordnungspunkt 8. Der federführende Ausschuss empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind wiederum die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmennhaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Antrag auf Drucksache 17/12543 abstimmen. Das ist der Tagesordnungspunkt 9. Der federführende Ausschuss empfiehlt erneut die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmennhaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Antrag auf Drucksache 17/12544 abstimmen. Das ist der Tagesordnungspunkt 10. Der federführende Ausschuss empfiehlt auch hier die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmennhaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse nun über den Antrag auf Drucksache 17/12545 abstimmen. Das ist der Tagesordnungspunkt 11.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Der federführende Ausschuss empfiehlt erneut die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Stimmennhaltungen? – Keine. Damit ist dieser Antrag ebenfalls abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Antrag auf Drucksache 17/12546 abstimmen. Das ist der Tagesordnungspunkt 12. Der federführende Ausschuss empfiehlt die Ablehnung. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Antrag auf Drucksache 17/12547 abstimmen. Das ist der Tagesordnungspunkt 13. Der federführende Ausschuss empfiehlt auch hier die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Antrag auf Drucksache 17/12548 abstimmen. Das ist der Tagesordnungspunkt 14. Der federführende Ausschuss empfiehlt erneut die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt noch über den Antrag auf Drucksache 17/12605 abstimmen. Das ist der Tagesordnungspunkt 15. Der federführende Ausschuss empfiehlt auch hier die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Damit sind die Tagesordnungspunkte 7 bis 15 erledigt. Weitere Tagesordnungspunkte stehen nicht an. Damit schließe ich die Sitzung. Ich wünsche Ihnen allen einen schönen Abend und einen guten Nachhauseweg.

(Schluss: 17.11 Uhr)